

Eine Kulturagenda für Europa

EU-Strategien und Modelle für den Kultursektor

Eine Konferenz des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur /
Cultural Contact Point Austria in Zusammenarbeit mit der IG Kultur Österreich

8. 11. 2007

WUK – Werkstätten und Kulturhaus
Kunsthalle Exnergasse
Währingerstraße 59, 1090 Wien

Konferenzbericht
von Raimund Minichbauer
November 2007

Abstract zur Konferenz:

„Auf dem Weg vom ökonomischen und politischen Reformprojekt zur ‚sanften Macht‘ gewinnt Kultur in der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung. Kultureller Reichtum und kulturelle Vielfalt Europas müssten stärker zur Geltung gebracht werden, Kultur sei der Motor des europäischen Integrationsprozesses, unverzichtbar für das Erreichen der strategischen Ziele Wohlstand, Solidarität und Sicherheit. In diesem Sinn äußert sich die Europäische Kommission in ihrer im Mai dieses Jahres veröffentlichten Mitteilung über eine ‚europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung‘ (http://ec.europa.eu/culture/eac/communication/comm_de.html).

Diese Mitteilung wird zum Anlass genommen, Fragestellungen und Perspektiven mit österreichischen KulturakteurInnen zu diskutieren und sie einzuladen, sich an einem Gedankenaustausch über die Möglichkeiten der künftigen Gestaltung der EU-Kulturpolitik zu beteiligen.“

Gesamtablauf:

Nach Begrüßung durch WUK-Geschäftsführer Mag. Vincent Abbrederis und die Obfrau der IG Kultur Österreich, Dr. Juliane Alton, wurde die Konferenz durch Bundesministerin Dr. Claudia Schmied eröffnet. Auf das Impulsreferat von Univ.-Doz. Dr. Gerald Raunig folgte Panel 1, das sich mit den drei inhaltlichen Schwerpunkten der Kommissions-Mitteilung beschäftigte. Das Nachmittagsprogramm startete mit einer von Julius Deutschbauer moderierten Practice Zone, in der verschiedene von österreichischen Organisationen koordinierte EU-Projekte vorgestellt wurden und Juror/innen des Culture-Programmes Auskunft über ihre Tätigkeit gaben. Das abschließende Panel 2 beschäftigte sich mit der Beteiligung der Kulturschaffenden an der europäischen Kulturpolitik.

Der folgende Bericht enthält Zusammenfassungen der primär diskursiven Teile des Impulsreferats und der beiden Panels; ein kurzes Resumée der inhaltlichen Schwerpunkte der Eröffnungsrede von Dr. Claudia Schmied ist dem vorangestellt. Der Programmablauf des Konferenztages findet sich im Anhang.



Eröffnungsrede

Dr. Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

Bundesministerin Dr. Claudia Schmied widmet sich am Beginn ihrer Eröffnungsrede einem aktuellen Thema österreichischer Kulturpolitik, der Künstler/innensozialversicherung, und zeigt sich zuversichtlich, dass noch im Dezember im Minister/innenrat ein nächster Schritt in der Weiterentwicklung beschlossen werden kann, der vor allem Härtefälle der Vergangenheit angehören lässt.

Anschließend geht Schmied auf die drei inhaltlichen Schwerpunkte der Kommissionsmitteilung ein: In Zusammenhang mit dem Thema kulturelle Vielfalt und interkultureller Dialog weist sie vor allem auch auf den Kontext Bildung hin. Wenn etwa in Wien fast jedes zweite Volksschulkind Migrationshintergrund hat, so ist dies nicht nur eine Herausforderung im Bereich der Sprachförderung, sondern auch eine große Aufgabenstellung im Zusammenhang mit interkulturellem Dialog. Im Zuge der gerade stattfindenden Nachjustierung der Geschäftsordnung des BMUKK wird dem Thema Integration im Bildungsbereich ein höherer Stellenwert zugemessen, auch im Sinne einer klaren Abteilungsverantwortung.

Zu Kulturwirtschaft, dem zweiten Schwerpunkt der Mitteilung, merkt die Ministerin an, dass es nicht adäquat wäre, dieses Thema gleichsam unter dem Aspekt der Vergewaltigung von Kunst und Kultur durch die Ökonomie zu diskutieren.

Nachdem die Ökonomie zweifellos eine wichtige Rolle spielt – in der Gesellschaft, der Argumentation, letztlich auch den Budgetverhandlungen –, ist es wichtig, auch die ökonomische Dimension von Kunst und Kultur darzustellen. Es muss hier mehr zusammengedacht werden, jedoch ohne dass Kunst und Kultur plötzlich nach den Regeln der Ökonomie funktionieren sollen. Es werden auch vom BMUKK beauftragte Studien erarbeitet, die sich mit Wertschöpfung im Kunst- und Kulturbereich beschäftigen, dies in einem umfassenderen Sinn, nicht auf den Aspekt der Creative Industries reduziert.

Zum dritten inhaltlichen Schwerpunkt der Kommissionsmitteilung, der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU, fordert Schmied, dass Europa sich im Kontext von Globalisierung und dem Wettstreit zwischen den Wirtschaftsräumen stärker der Kraft von Kunst und Kultur bewusst werden muss. Das Thema muss in der europäischen Agenda viel höher und prominenter angesiedelt werden, wofür sehr hilfreich ist, eine Integration von Kunst/Kultur in den Lissabonprozess zu erreichen. Auf nationaler Ebene ist, worauf in der Eröffnungsrede mehrfach hingewiesen wird, eine gute Zusammenarbeit mit dem Außenministerium sehr wichtig.

Schmied beendet die Eröffnungsrede mit einer Hervorhebung der Bedeutung von Kunst- und Kulturvermittlung, der sie im Sinne der Nachhaltigkeit von Kulturpolitik großen Raum geben will.



Impulsreferat:

„Die falsche Sanftmut der Kultur“

Univ.-Doz. Dr. Gerald Raunig, eipcp, Wien

Gerald Raunig ging in seinem Impulsreferat von drei Paradigmen bzw. Typen des Diskurses aus, denen man in EU-Dokumenten wie in der vorliegenden Mitteilung begegnet: einem konservativ-idealistischen, einem neoliberal-ökonomisierenden und einem auf der Basis von demokratiepolitischen Argumenten agierenden emanzipatorischen Diskurs.

Das erste Paradigma, das konservativ-idealistische, wie es etwa gleich am Beginn der Mitteilung in der Beschwörung der Kultur als Seele der Zivilisation zu finden ist, greift auf Elemente des deutschen Idealismus des 18. und 19. Jahrhunderts zurück. Kultur wird in diesem Kontext zur ‚präpolitischen Basisideologie‘ für eine imaginäre europäische Gemeinschaft. Hinter den so konstruierten Identitätsgefühlen lauern sowohl Exklusion als auch die Kälte der kapitalistischen Gesellschaft. Dies führt die Analyse zum zweiten Paradigma, dem neoliberal-ökonomisierenden. Gerald Raunig hinterfragt die Selbstbeschreibung der EU als ‚sanfte Macht‘ (die unausgesprochen mit der Kultur gleichzusetzen wäre) und spürt deren inneren Widerspruch dort auf, wo in der Mitteilung auf operativer Ebene die ökonomisierenden Aspekte ins Spiel kommen. Während die EU bestrebt ist, sich ‚vom ökonomischen zum politischen Projekt‘ zu verändern, ist auf der Ebene der konkreten Politikfelder gerade das Gegenteil zu bemerken, wenn etwa Kulturpolitik durch die massive Einführung des Konzepts der ‚Creative Industries‘ einer diskursiven Verschiebung unterzogen wird, die nur als Instrument neoliberaler Ökonomisierung des kulturellen Feldes verstanden werden kann.

Die Frage nach dem dritten Paradigma, dem emanzipatorischen Diskurs, führt das Impulsreferat von der kritischen Analyse zur Suche nach einem Ausweg aus der schwierigen Situation. Es finden sich, so Gerald Raunig, Hinweise darauf auch in der vorliegenden Mitteilung, sie sind aber weniger auf der programmatischen als auf der Ebene sehr pragmatischer Umsetzungsfragen zu finden.

Von den ersten Programmen Mitte der 90er Jahre über Kultur 2000 bis zum aktuellen Kultur-Programm hat sich diese Ebene entwickelt - auch durch die permanente konstruktive Kritik der Netzwerke und Plattformen und durch die Arbeit der CCPs. Genannt werden mehrere Beispiele dafür, wie durch scheinbar technokratische Verbesserungen Veränderungen auf inhaltlicher Ebene entstanden sind: So hat sich etwa die Abwicklung der Geldflüsse verbessert, wodurch Vorfinanzierungen durch die Projektbetreiber/innen nur noch in viel geringerem Ausmaß nötig sind. Dadurch können kleinere Institutionen eher die Durchführung eines Projektes riskieren. Was kleineren Institutionen weiters die Durchführung von oder Teilnahme an Kultur(2007-2013)-Projekten erleichtert, ist das Fallen der Bestimmungen über eine finanzielle Mindestbeteiligung (in Kultur 2000 noch mindestens 5% der Gesamtprojektsumme durch Koordinator/in und jede/n Mitorganisator/in). Auch wird die Möglichkeiten, ab nun bis zu 15% des jeweiligen Projektbudgets auch außerhalb der am Programm teilnehmenden Staaten ausgeben zu können, den Projekten die Möglichkeit geben, sich über Europa hinaus zu entwickeln.

Nach diesen Reflexionen zur pragmatischen Ebene der Förderprogramme schließt das Impulsreferat mit einigen Vorschlägen zur produktiven Umdeutung der Begrifflichkeiten der bestehenden Programme:

In Bezug auf die Zielsetzung der „Mobilität der Akteur/innen“ kann auch eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Formen der Prekarisierung und Flexibilisierung im kulturellen Feld stattfinden und können vielleicht auch neue Formen selbst organisierter Mobilität entwickelt werden. Unter dem Stichwort der „Mobilität der Kunstwerke“ kann auch ein Diskurs über die (post-)kolonialen und (post-)imperialen Bedingungen entwickelt werden, denen die Sammlungen in den meisten europäischen Museen unterliegen, und es könnte daraus eine wirklich transeuropäische Dimension des Teilens und des Austausches entstehen. Und im Umfeld des Begriffes der „Interkulturalität“ könnten sich Praxen entwickeln, die migrationspolitische Themen einbringen.

Gerald Raunig schließt das Impulsreferat mit dem Vorschlag, die in der Mitteilung der Kommission enthaltene Idee der „Kulturbotschafter“ aufzugreifen und das in den 1990er Jahren in Österreich so erfolgreiche radikalsubjektivistische Modell der Bundeskurator/innen auf EU-Ebene weiterzudenken.

PANEL 1

Die drei „Säulen“ der europäischen Kulturpolitik: Die Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU, kulturelle Vielfalt und interkultureller Dialog, Kulturwirtschaft

Moderation

Dr. Monika Mokre, Institut für europäische Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Diskussionsteilnehmer

Botschafter Dr. Emil Brix, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BM für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien

Dr. Michael Wimmer, Educult, Wien

Mag. Paul Stepan, FOKUS, Wien

In seinem Eingangsstatement geht **Emil Brix** in einigen Punkten auf die Grundcharakteristik der Kommissions-Mitteilung ein:

- Das ausdrückliche Ziel der Mitteilung ist, die europäische Identität zu stärken. Es ist dabei interessant, dass, nachdem die Europäische Verfassung in Frankreich und Holland direktdemokratisch abgelehnt wurde, die europäische Politik beginnt, auf Kultur zu setzen. Vielleicht ist das auch darauf zurückzuführen, dass sich die Minister/innen der Mitgliedsstaaten darauf besonnen haben, dass die nationale Integration immer ein kulturelles Projekt war, und dies nun auf die europäische Ebene übertragen möchten. Die Mitteilung ist grundsätzlich eine „große Tat“, die nicht einfach nur durch das Zusammentreffen einiger günstiger Umstände möglich wurde, sondern die handelnden Personen, die Kultur- und Außenminister/innen und die Kommissionsvertreter/innen wollten hier bewusst eine neue Situation schaffen, indem sie Kultur auf die europäische Agenda setzen. Aber die Zielsetzung dahinter ist eben, eine europäische Identität zu schaffen, auch das Thema der europäischen Öffentlichkeit, aber nicht, Künstler/innen zu unterstützen, einen emanzipatorischen Dialog zwischen den Mitgliedern der europäischen Union zu führen oder gar die Kreativität des europäischen Kunstschaffens zu stärken. Das Ergebnis könnte aber, durch eine hier waltende List der Vernunft, trotzdem darin bestehen.
- Ein zweites Element, das auf das Bestehen einer neuen Möglichkeit, über Kulturpolitik zu reden, hindeutet, ist die (von der EU ratifizierte) UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Brix sieht seine frühere Skepsis, dass sich hinter dem Begriff der kulturellen Vielfalt vor allem eine Schutzbehauptung nationaler Kulturindustrien verberge und der Begriff die Tendenz habe, nationale Kulturen festzuschreiben, nicht bestätigt, sondern im Umfeld der Konvention Ansätze zu einer produktiven Diskussion entstehen.
- Als wichtigsten Punkt in dieser Kommissions-Mitteilung und als den entscheidenden neuen Schritt in der Diskussion sieht Emil Brix die Einführung der „Offenen Methode der Koordinierung (OMK)“. In Analogie zum Bildungsbereich könnte das die Möglichkeit bedeuten, zwischen den Nationalstaaten Mindeststandards zu diskutieren, obwohl es keine Kompetenz für eine gemeinsame Kulturpolitik gibt. Das ist nicht einfach zu realisieren, aber eine grundsätzliche Möglichkeit. Bereiche wären etwa die Künstler/innensozialversicherung, generell auch soziale Fragen und Migrationsfragen, Fragen des Vergleichs der steuerlichen Absetzbarkeit oder Zielsetzungen mit unmittelbar konkreter Wirkung, etwa eine Mindestzahl von literarischen Übersetzungen pro Jahr zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Es gibt keine europäische Kulturpolitik. Einerseits ist Optimismus angebracht, dass wir eine bekommen werden, wenn dieser offene Dialog stattfindet. Es muss aber darauf geachtet werden, dies nicht zu sehr den nationalen Kulturminister/innen zu überlassen, sondern einen breiteren Prozess anzustreben. So hat es etwa beim letzten informellen Kulturministerrat keine einzige Minute Diskussion zur Kulturagenda gegeben, sondern nur einen Reigen von 26 Einzelstatements (nicht 27, da Großbritannien nicht einmal eine/n Vertreter/in entsandt hat).
- Auf Rückfrage in der Diskussion zur geplanten Kulturkooperation zwischen der EU und den AKP (Afrika, Karibik, Pazifischer Raum)-Staaten der aktuelle Kenntnisstand: Es ist der Versuch, die entwicklungspolitischen Förderprojekte, in der die EU Hauptfinancier ist, mit kulturellen Diskussionen zu verbinden. In der klassischen Entwicklungszusammenarbeit war kein Platz für kulturelle Diskussion. Dies beginnt sich jetzt zu ändern, etwa in den Niederlanden und Skandinavien



sehr schnell, in Österreich bislang sehr langsam. Man versucht, hier jetzt auch einiges zu bewegen und das war der Grund, dass man diesen Bereich in die Kulturagenda aufgenommen haben wollte.

Michael Wimmer stellt die einleitende Frage, an wen sich die Mitteilung der Kommission richtet. Die erste Antwort wäre: an die europäischen Bürger/innen. Wenn man nun aber zum Beispiel die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer/innen hier betrachtet, stellt sich die Frage, wo die Vertreter/innen der Bundesmuseen, von Konzerthaus und Musikverein, den Salzburger Festspielen oder Wiener Festwochen sind. Es ist hier eine sehr selektive Wahrnehmung festzustellen. Vor allem der NGO-Bereich interessiert sich für die Mitteilung und produziert dazu eine Reflexionsschleife nach der anderen, während gleichzeitig die Relevanz für den gesamten Kulturbereich unklar bleibt, bzw. nicht gesichert ist, ob diese Papers und Diskussionen etwa vom traditionellen Kulturbetrieb überhaupt wahrgenommen werden.

- Die Mitteilung enthält einiges an Worthülsen, mitunter unerträglich affirmativ, und vor allem stimmen die Annahmen zum Teil nicht. Die Geschichte Europas zeigt unschwer, dass Kultur nicht der verbindende Charakter gewesen ist, sondern die europäische Geschichte eine Geschichte der Konflikte, Kriege, Wahnsinnigkeiten und Totalitarismen ist. Dieser Hintergrund muss in einem solchen Paper mit reflektiert werden.
- Michael Wimmer geht kurz auf die aktuellen Debatten rund um die Veränderung der Schule ein. Es handelt sich dabei um eine Kulturdebatte. Die Diskussionen haben mit unterschiedlichen Wertvorstellungen zu tun. Ob wir unter uns bleiben wollen, wie offen wir sein wollen, wie integrativ, wie dialogisch wir unsere Schule anlegen wollen, das ist ein kulturelles Thema. Und das sollte uns auch Folgendes nicht vergessen lassen: Wenn wir über Kultur reden, reden wir immer über Einschluss und Ausschluss.
- Wimmer setzt als Provokation den Passagen in der Mitteilung, die hymnisch Kultur als Seele der Entwicklung etc. feiern, ein Zitat aus einer Schrift der Nazis zur musikalischen Volksbildung gegenüber. Fazit: Wir dürfen den sozialen, wirtschaftlichen, politischen Kontext nicht vergessen, in dem wir unsere Kulturangelegenheiten verhandeln.
- Zum Thema Identität: Wir sollten interkulturellen Dialog auch verstehen als eine Möglichkeit der Dekonstruktion von kulturellen Identitätsphantasien. Bazon Brock hat einmal eine zweite Runde der Säkularisierung eingefordert: nach der Trennung von Kirche und Staat auch eine Trennung von Kultur und Staat. Eine besondere Bedeutung kommt dem Kunstzusammenhang zu: Die Idee von Kunst ist vor allem, nicht kulturell verhaftet zu sein, sondern es zu schaffen, aus den unmittelbaren Kulturzusammenhängen herauszutreten und abseits der spezifischen kulturellen Zusammenhänge verstanden und rezipiert zu werden. Das ist, wie Michael Wimmer betont, eine europäische Errungenschaft.
- Dort, wo es um die Gefahren von Kulturalisierung geht, hat interkultureller Dialog etwas mit der Frage zu tun, wie wir mit Konflikten umgehen. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob wir Konflikte vor allem vermeiden wollen.
- Wenn interkultureller Dialog vor allem vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen diskutiert wird, stellt sich die konkrete Frage: Wie viele Migrant/innen nehmen in Österreich an der kulturpolitischen Entscheidungsfindung teil? Bis hin zur Frage: wie viele Migrant/innen sind im Nationalkomitee vertreten? Es ist zu bemerken, dass weite Teile des Kulturbetriebs mit diesen Fragestellungen überhaupt nichts anfangen können. Dazu einige abschließende Punkte:
 - Wie steht es um die Personalentwicklung in den Kulturbetrieben, wie viele Migrant/innen sind nicht nur als Hilfskräfte beschäftigt, wie viele können auch als Identifikationsfiguren für die nächste Generation dienen?
 - Qualifikationsbedarf: Verfügen die Arbeitenden in den Kulturbetrieben über so etwas wie interkulturelle Kompetenz?
 - Nutzer/innenorientierung: Es ist eine stärkere Rezipient/innenorientierung nötig (dies nicht zuletzt auch angesichts einer in Umfragen festgestellten zunehmenden Delegitimierung öffentlicher Kulturförderung). Man sollte dies nicht einfach mit dem Vorwurf der Quotenorientierung beiseite schieben. Es geht um ein ganz neues Verhältnis zwischen Produzent/innen und Rezipient/innen.

Paul Stepan konstatiert einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Titel und Inhalt der Kommunikation. Der Titel spricht von einer „Kulturagenda“, im Text wird dann aber über weite Strecken die KEA-Studie¹ zitiert, bei der eigentlich kein Zweifel besteht, dass sie sich nicht mit Kunst und Kultur beschäftigt, sondern mit Creative Industries.

Bei der auch in der Mitteilung enthaltenen Versprechung der Creative Industries als Wirtschaftsfaktor handelt es sich in der

¹ „The economy of culture in Europe“: http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/economy_en.html



Regel meist um zwei Versprechungen: 1) Dass die Creative Industries selbst einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor bilden und 2) die vor allem auf den Arbeiten von Richard Florida basierende These, dass sich in Städten oder Regionen, die als kreativ gelten, weitere große Unternehmen ansiedeln und zusätzlichen wirtschaftlichen Erfolg generieren.

Beide Punkte sind, so Paul Stepan, bestenfalls ambivalent:

- Es wurden viele Studien zum Thema erstellt, die letztlich alle zu dem Ergebnis kommen, dass die Creative Industries einen Wirtschaftsfaktor bilden. Bei näherer Betrachtung erweist sich die Datengrundlage jedoch oft als fragwürdig. Oft handelt es sich nur um Momentaufnahmen, die dann zum Teil auch noch in die Zeit der New Economy Bubble fallen, die mit den wirtschaftlichen Entwicklungen danach nicht zu vergleichen ist.
- In einigen seriösen Studien, unter anderem in jener von Michael Rushton, werden die Thesen von Richard Florida empirisch in Frage gestellt. Es konnten darin Korrelationen zwischen dem Reichtum von Städten und einem höheren Bildungsgrad festgestellt werden, aber keine Korrelationen mit Kreativität.
- Die Creative Industries werden oft als Beschäftigungsmotor bezeichnet. In Zeiten der Hochkonjunktur – wie während der New Economy Bubble – wachsen die Creative Industries auch tatsächlich schneller als andere Industriesektoren, wenn die Konjunktur aber wieder nachlässt, gehen die Zahlen auch schneller wieder nach unten.

Ein anderer in der Mitteilung angesprochener Punkt, der auch in der KEA-Studie eine Schlüsselrolle spielt, ist das Copyright.

Copyright ist grundsätzlich ambivalent: es schützt die, die schon kreiert haben, behindert aber jene, die erst kreieren wollen. Ein Zusammenhang, der in Balance gehalten werden muss.

Durch die Digitalisierung ist nun darüber hinaus eine Situation beendet, in der Kommunikationsgüter ausschließbar waren, das heißt künstlich Knappheit erzeugt werden konnte. Die europäische Gesetzgebung ist relativ nachlässig, da sie nicht erkennt, dass Filesharing oder P2P-Clients nicht das Problem sind, sondern Teil der Lösung. Sie ermöglichen Entwicklungen, worauf dann seitens der Industrie wieder reagiert werden muss. Was derzeit auf gesetzlicher Ebene stattfindet, ist einen Status Quo, der längerfristig nicht zu halten ist, künstlich beizubehalten und damit die Innovationskraft zu schwächen.

Europa hätte im Zusammenhang mit Copyright einen wichtigen Vorteil, der aber leider nicht genutzt wird: Kunst/Kultur und Teile der Creative Industries in Europa basieren nicht auf Copyright. So basiert zum Beispiel die Filmindustrie (im Gegensatz etwa zu den USA, Korea, Japan, Indien) in Europa nicht auf Copyright: Die Filme sind in der Regel hoch subventioniert und für die Produzent/innen ist es normalerweise günstiger, neue Filme zu produzieren als die bestehenden auszuwerten, weil sie dabei mehr Geld verdienen. Das wurde immer als Problem gesehen, bildet in der gegenwärtigen Situation aber einen Vorteil, weil dieses System durch die Entwicklungen im digitalen Bereich weit weniger in Mitleidenschaft gezogen wird.

Man muss sich grundsätzlich entscheiden, ob man den Kulturbereich dem Markt ausliefern will, indem man Copyright unterlegt, oder ob man – und dafür gibt es verschiedene Anzeichen – auf Rewarding Schemes umsteigen will, also auf Systeme, die anders remunerieren als der Markt. Dazu gibt es auch in den USA Überlegungen, derzeit zentrales Buzzword: Content Flatrate².

Paul Stepan merkt in der Schlussrunde noch grundsätzlich an, dass sich mit der Diskussion um Copyright in den nächsten Jahren die Frage des Eigentums im digitalen Raum klären wird. Während Fragen des Eigentums aber generell hitzige politische Diskussionen auslösen, bleibt die Copyright-Diskussion weitgehend auf den Kreis von Jurist/innen beschränkt.

Nach den Eingangsstatements hebt Moderatorin **Monika Mokre** einige Punkte heraus: In der Einschätzung der Agenda durch Emil Brix wurde sehr deutlich, dass es dabei nicht um Kunst und Kultur geht, sondern um andere Zielsetzungen – Identität, ökonomische Interessen. Dieser problematische Ansatz wirft weitere Fragen auf: 1) Welche Zielsetzungen sind das? Warum diese und nicht andere? 2) Wie gut werden die Ziele mittels Kulturpolitik erreicht? Das ist ja nicht so eindeutig, wie gerade die Ausführungen Paul Stepans zu Creative Industries gezeigt haben. 3) Eine weitere Frage wäre, ob man Kulturpolitik nicht auch unter dem Aspekt der demokratiepolitischen Zielsetzungen diskutieren könnte. 4) Die von Michael Wimmer gestellte Frage: Wie geht man mit Konflikten um? – Indem man sie leugnet und einen Konsens behauptet, der

² Paul Stepan wollte dazu noch keine detailliertere Einschätzung abgeben, da die Ansätze neu und noch zu sehr in Entwicklung begriffen seien. Vgl. z.B. auch in direkter Reaktion auf die Copyright-Politik der EU: <http://www.contentflatrate.org/>



nicht da ist, wie das auf EU-Ebene häufig der Fall ist? Sieht man Konflikte grundsätzlich als negativ, oder setzt man darauf, mit Konflikten produktiv umzugehen?

Da auf dem Panel mehrfach, vor allem durch Emil Brix, auf das Impulsreferat Bezug genommen wurde, wurde auch Gerald Raunig noch mal auf das Podium gebeten. Es entstand eine primär kontroverse Diskussion zwischen Brix und Raunig, etwa um den Begriff der ‚sanften Macht‘ oder die Einschätzung der kulturpolitischen Situation im postkolonialen/neokolonialen Kontext.

In der Publikumsdiskussion waren zum einen die Themen Copyright und österreichische/europäische Filmindustrie präsent, wobei Dr. Peter Zawrel (Filmfonds Wien) auch ausführlicher auf den Text der Mitteilung einging und diesen vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der europäischen Filmindustrie und der AV-Medien-Förderung der EU kritisch analysierte.

Weitere Themen der Diskussion:

- Welche Rolle spielt die Darstellung der EU nach außen in den Förderprogrammen?
- Welche internationalen Ansätze gibt es in der Schulpolitik, um bei Kindern die Neugier zu wecken?
- Die unsichere Situation im freien Kunst- und Kulturbereich in Österreich als schlechte Voraussetzung für ein Engagement auf europäischer Ebene: Was bedeutet es etwa, ein EU-Projekt zu lancieren, wenn man nicht weiß, ob man nicht zum Beispiel von der nächsten heimischen Theaterreform weggefegt wird?
- Welche Inhalte könnten im Rahmen der OMK behandelt werden?



PANEL 2

Überlegungen zur Beteiligung der Kulturschaffenden an der europäischen Kulturpolitik

Moderation:

Mag. **Therese Kaufmann**, eipcp, Wien

Diskussionsteilnehmer/innen:

Christa Prets, Europäisches Parlament, Brüssel

Margarethe Makovec, < rotor > association for contemporary art, Graz

Mag. Ljubomir Bratic, freiberuflicher Philosoph und Publizist, Wien

(M.A. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut, Berlin, musste kurzfristig wg. Krankheit absagen.)

Moderatorin **Therese Kaufmann** startet das Panel mit einleitenden Überlegungen und einer Bezugnahme auf Michael Wimmers Frage, an wen sich die Mitteilung der Kommission richte: Die unmittelbaren Adressat/innen sind im Titel aufgelistet: das Parlament, der Rat, der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen. (Der Dialog mit dem Sektor kommt erst danach.) Diese Gremien werden in weiterer Folge auch über die Umsetzung mitentscheiden.

- Die Geschichte der Politikentwicklung bezüglich Kultur in der EU (diese Formulierung bezieht sich auf den Umstand, dass es lange Zeit fast unmöglich war, von ‚europäischer Kulturpolitik‘ zu sprechen, und der Begriff auch jetzt nicht explizit verwendet wird) zeigt, dass derartige Initiativen der Kommission oft ein erster Schritt waren, der dann tatsächlich Prozesse in Gang gesetzt hat. Die Mitteilung sollte in diesem Sinn ernst genommen werden in ihren Inhalten.
- Es gab vor dem in Zusammenhang mit der Mitteilung gestarteten Konsultationsprozess nur wenige Ansätze, sich mit dem Sektor zu beraten. Erste Entwicklungen dazu entstanden vor allem im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Programm Kultur 2000. Einflussreich waren in diesem Zusammenhang einige Berichte von Mitgliedern des Kulturausschusses im Parlament, v.a. jene von Vasco Graça Moura und Giorgio Ruffolo. In diesen Berichten wurde zum Teil heftigste Kritik geübt am Kulturförderungsprogramm und auch auf die Notwendigkeit einer europäischen Kulturagenda hingewiesen. Dass im Zusammenhang mit der Mitteilung ein Konsultationsprozess stattfand, geht aber auch maßgeblich auf den ständigen Druck der transeuropäischen Kulturnetzwerke und Plattformen zurück.
- Der Konsultationsprozess wurde heftig kritisiert, v.a. wegen der einengenden Fragestellungen im Online-Fragebogen und mangelnder Transparenz über den weiteren Prozess. Im besseren Fall wurde er als hilflose ‚Top-down-Aktion‘ wahrgenommen, im schlechteren als Mechanismus der Ausbeutung von prekären Strukturen. Die Fragen zielten an der täglichen Realität vorbei. Es stellt sich auch die Frage, wer sich bei einem solchen Prozess tendenziell durchsetzt – die lautereren, einfacher zu verstehenden Antworten? Gibt es überhaupt Platz für eine differenziertere kritische Perspektive? Die Beteiligung war trotz aller Kritik sehr hoch, was auf die im europäischen Kulturbereich sehr weitgehend empfundene Dringlichkeit hinweist, etwas voranzutreiben. Es ist auch zu vermuten, dass die Beteiligung des Sektors dazu geführt haben könnte, dass sich die Kommunikation nicht ausschließlich mit kulturökonomischen Themen beschäftigt.
- Der Prozess hat zu den bekannten drei Zielsetzungen geführt:
 - 1/ Kulturelle Vielfalt/interkultureller Dialog – ein Bereich, der in der Mitteilung enttäuschend schwach ausgeführt ist.
 - 2/ Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung. – Die Kulturwirtschaft ist der zentrale Punkt der Kommunikation. Diese Gewichtung stimmt auch mit den Zielen des Rates und den Schwerpunkten der letzten Präsidentschaften überein.
 - 3/ Kultur als Bestandteil der internationalen Beziehungen. Ziel soll hier v.a. eine Verknüpfung von Entwicklungspolitik und kulturellen Aktivitäten sein – auch hier wieder mit einem Fokus auf Kulturwirtschaft. Gleichzeitig sind diese Passagen stark im antiquierten Vokabular nationaler Außenkulturpolitik formuliert (Repräsentation, Public Diplomacy, Botschaft Europas nach außen) und weniger auf den Austausch zwischen gleichberechtigten Partner/innen bezogen. Erschreckend ist, dass die postkoloniale Situation gänzlich geleugnet wird: Es wird die „sprachliche Bindung zu vielen Ländern außerhalb Europas“ angesprochen, ohne dabei auf deren Ursprung auch nur hinzuweisen.



- Ein letzter Punkt: laut aktueller Eurobarometerumfrage³ ist den Menschen in Europa Kultur weit weniger gleichgültig als oft angenommen wird: 89% der Befragten sind für die Ausweitung von Kulturförderung, fast ebenso viele für eine Ausweitung des Kulturaustauschs und des interkulturellen Dialogs.

Aus diesen Überlegungen leitet Therese Kaufmann einige Fragen für das Panel ab:

- Unter welchen (Arbeits-)Bedingungen findet die in der Mitteilung angesprochene ‚Partizipation‘ statt?
- Wer bleibt aus diesen Prozessen radikal ausgeschlossen? Dies betrifft vor allem die Migrant/innen. Der Ausschluss von Migrant/innen findet nicht nur auf nationaler Ebene statt, sondern auch auf europäischer. In Artikel 151 des Vertrages wird ebenso wie in der aktuellen Mitteilung von den Kulturen der Mitgliedsstaaten gesprochen und damit das alte Konzept der Gleichsetzung von Kultur und Nation weiter verfolgt. Es ist hier kein Neuanatz zu erkennen.
- Ist der Konsultationsprozess ein demokratiepolitisches Mittel oder nur populistisches Instrument, während grundlegende Weichenstellungen wie jene hin zu einer immer stärkeren Ökonomisierung der Kultur ohnehin nicht beeinträchtigt werden können?
 - Was bringt die dialogische/partizipatorische Entwicklung interessanter Ansätze, wenn es kein Budget für die Umsetzung gibt? Ein ähnliches Problem liegt im Zusammenhang mit dem aktuellen Kulturprogramm vor: Das Programm hat sich entscheidend verbessert, das Budget wurde aber nicht maßgeblich erhöht (in Relation zur größeren Zahl der Mitgliedsstaaten in der erweiterten EU und angesichts der ständig steigenden Nachfrage).
- Handelt es sich um eine Verschiebung von Regierung zu Selbstregierung und eine Auslagerung der Verantwortung?
- Wird hier ein Begriff der Zivilgesellschaft lanciert, hinter dem die Vielfältigkeit des Kultursektors verschwindet? Die Heterogenität wird in der Mitteilung als Problem angesehen, nicht als Potenzial. Es klingt wie eine gefährliche Drohung, wenn die Kommission den Sektor stärker strukturieren und etwas gegen die mangelnde Kommunikation zwischen Kulturindustrie und anderen im Kulturbereich Tätigen unternehmen will. Dazu ein Zitat aus einem Text von Rupert Strachwitz, in dem er sich mit Themen beschäftigt, die er auch hier auf der Konferenz ansprechen wollte: “Beruhen diese Ideen auf einem unreflektierten bürokratischen Verständnis von Dialog und Vernetzung, oder haben wir es mit einer sehr wohl reflektierten Strategie der Disziplinierung zu tun, die genau den oben erörterten Gefährdungen (Korporatismus, Abhängigkeit) entspricht?”
- Können derartige Top-down-Ansätze zielführend sein? Müsste sich ein partizipatives Modell für eine demokratiepolitische Entwicklung im EU-Kulturbereich nicht vielmehr darauf konzentrieren, welche spannenden Initiativen schon stattfinden, und daraus die Ressourcen beziehen?

Christa Prets geht auf einige der von Therese Kaufmann aufgeworfenen Fragen ein, erklärt aber grundsätzlich, dass sie sich als Mitglied des Ausschusses für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport im EU-Parlament weitgehend darauf beschränken wird, welche Möglichkeiten für die Arbeit im Parlament bestehen und wie die Zusammenarbeit aussehen kann und soll.

- Um Missverständnissen vorzubeugen wird grundsätzlich vorausgeschickt, dass das EU-Budget bis 2013 fix beschlossen ist und dass für die Zeit bis dahin in Zusammenhang mit der Kulturagenda keine Diskussionen über den Haushalt stattfinden werden.
- Der Vorwurf, dass sich die Agenda nur mit Wettbewerb und Wirtschaft beschäftige, aber nicht mit Inhalten, ist in dieser Form nicht richtig. Die Mitteilung beschäftigt sich auf den ersten sechs Seiten mit Fragen nach Inhalt, Bedeutung der Kultur für Europa etc., ohne dies auf wirtschaftliche Aspekte zu beziehen. Dass grundsätzlich im Zusammenhang mit Kultur die Themen Wachstum und Beschäftigung behandelt werden, ist gerechtfertigt: Die Kunst braucht auch einen Markt. Und wenn man analysiert, was Kunst und Kultur für die Gesellschaft leisten, so ist zu sehen, dass es sich eben auch um einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor handelt. Es ist etwa auch im Zusammenhang mit der Kooperation der EU mit den AKP-Staaten wesentlich, den wirtschaftlichen Aspekt zu beachten und diese Staaten nicht auszugrenzen, indem man sie aus dem europäischen Kulturmarkt ausschließt.
- Es soll betont werden, wie wertvoll die kulturpolitische Arbeit auf europäischer Ebene für den Ausschuss ist, wie schwierig sie aber auch angesichts der Nationalstaaten-Kompetenz ist. Was kann die EU tun? Im Zusammenhang mit Projekten

³ Vgl. http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/pdf_word/summary_report_values_de.pdf.



Impulse geben, vernetzen, und versuchen Europa mit dem Thema Kultur klarer zu identifizieren. Es bestehen Möglichkeiten auf der Ebene von rechtlichen Grundlagen, etwa des Urheberrechts. Hier kann die EU zweifellos mitwirken, was auch notwendig ist, um das geistige Eigentum zu schützen. Im Zusammenhang mit Förderungen ist nicht nur das Kulturbudget relevant, sondern etwa auch die Bildungsprogramme, Förderungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Kohäsionspolitik. Das Parlament setzt sich immer für bessere Zugänglichkeit der Förderungen ein – für mehr Übersichtlichkeit bezüglich der verschiedenen Förderbereiche und für eine Entschärfung der formalen/ bürokratischen Ansprüche bei der Beurteilung der Einreichungen.

- Besonders hervorgehoben wurde und wird die Bedeutung der Kultur für die EU in der UNESCO-Konvention. Hier wurde von der EU auch sehr viel beigetragen, und es war gleichzeitig auch das erste Mal, dass die EU in der UNESCO mit einer Stimme (nicht nur durch die Mitgliedsstaaten, sondern als EU) im Bereich Kultur vertreten war.
- Der Konsultationsprozess, der im Zusammenhang mit der aktuellen Mitteilung stattgefunden hat, war ein erster Versuch und kann als solcher auch keinen Anspruch auf Perfektion erheben. Aber man kann darauf aufbauen, auch aus den Fehlern lernen, und dafür sind Diskussionen wie in der aktuellen Konferenz sehr wichtig. Die Kommission hat sich sehr bemüht, einen Ansatz zu finden, um an die Basis heranzukommen. Aber natürlich stellt sich dabei auch die Frage, wie die Kommission das schaffen soll – mit welcher Infrastruktur, welchen Kapazitäten, bzw. welche Kapazitäten man freimachen kann, um das Know How weiterzugeben?
- Die Kritik, dass der Aspekt des interkulturellen Dialogs in der Mitteilung relativ schwach ausgearbeitet ist, teilt Christa Prets, sie verweist aber auf die bessere Ausarbeitung im Papier zum „Jahr des interkulturellen Dialogs“ 2008. Das Jahr 2008 bedeutet vor allem Anstoß geben, Schwerpunkte setzen, und es wird wichtig sein, daran anzuknüpfen. Man kann das aktuelle Jahr – „Chancengleichheit für alle“ – auch schon als Auftakt verstehen, und man wird sehen, was in das Jahr 2009 – das „Jahr der Kreativität und Innovation durch Bildung und Kultur“ – weitergetragen werden kann.
- Christa Prets beurteilt positiv, dass der an die Mitteilung anschließende Prozess laufend evaluiert und alle zwei Jahre ein Bericht erstellt werden soll. Offen ist noch die Frage, wie sich das zu gründende Kulturforum zusammensetzen und wie oft es tagen soll. Es wurde vorgeschlagen: einmal pro Jahr. Ist das ausreichend für eine ernsthafte Evaluierung?
- Es wird in der Agenda angeregt, mehr Privatfinanzierungen, mehr Sponsoren zu finden. Dieser Aspekt ist aber zu wenig klar und zu vereinfachend ausgeführt.
- Die Kommission meint, dass es zu wenig Koordination zwischen Kulturtätigen und Kulturindustrie gibt. – Ist das wirklich so?
- Alle leiden unter dem geringen Kulturbudget und es wird sich wie angesprochen bis 2013 nicht ändern. Es stellt sich also die Frage, wie die Kommission plant, die vorgeschlagenen zusätzlichen Aktivitäten zu finanzieren. Man sollte dabei die gute Absicht anerkennen und versuchen, die im Papier beschriebenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, einzufordern, was hier beschrieben wurde. Dann müssen sich Rat und Kommission mit der Frage auseinandersetzen, wie sie das auch realisieren können.
- Auf die Rückfrage, welche Möglichkeiten es für Partizipation im EU-Parlament gebe, verweist Christa Prets auf die Expert/innenhearings, die zu allen wichtigen Themen stattfinden.

Margarethe Makovec stellt einleitend kurz die Grazer Organisation „<rotor> association for contemporary art“ vor, um gleichsam den praktischen Hintergrund zu skizzieren, auf dessen Basis ihr Statement erfolgt. <rotor> wurde Mitte der 1990er Jahre gegründet. Der Fokus liegt auf der Präsentation und Produktion zeitgenössischer bildender Kunst, mit dem regionalen Schwerpunkt Südosteuropa. Die Formate reichen von Ausstellungen über Artist-in-Residence- und Exchange-Programme bis zu Projekten im öffentlichen Raum. Der Arbeitsansatz ist ausgerichtet auf die Entwicklung neuer Methoden des Öffentlich-Machens und des Netzwerkens. Ein Ergebnis der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Kooperationspartner/innen aus Südosteuropa ist das Middle-South-East(MSE)-Meeting. Dieses Netzwerktreffen wurde erstmals im Jahr 2000 parallel zur Manifesta in Ljubljana von Gregor Podnar initiiert und wird seither von <rotor> weitergeführt. Das Treffen findet alle zwei Jahre statt, jeweils mit anderen Partnerorganisationen co-organisiert, in anderen Ländern, Städten, Kontexten. Ziel ist der Austausch von Information und Erfahrung, was im besten Fall auch zur gemeinsamen Entwicklung von Projekten führen kann; so ist z.B. das Projekt „Land of Human Rights“ entstanden. Das bislang letzte Treffen fand im November 2006 in Pristina statt; es haben Vertreter/innen von ca. 30 Kunstinstitutionen teilgenommen.



- Zur Konsultation: Margarethe Makovec hat sich bei der Vorbereitung zur Konferenz erinnert, dass sie den Fragebogen auch bekommen hat, und stellt sich die Frage, warum sie ihn nicht beantwortet hat. Liegt es tatsächlich nur an den fehlenden Ressourcen, oder ist hier auch die nationale Ebene stärker gefragt, mehr Lobbyingarbeit zu betreiben; nicht nur einen Newsletter auszusenden, sondern Kulturschaffende auch expliziter anzusprechen?
- Im Titel wird von einer ‚europäischen Agenda‘ gesprochen, es handelt sich aber nur um eine EU-Agenda, gelten doch zum Beispiel viele südosteuropäische Staaten, der sogenannte ‚Westbalkan‘, als ‚Drittländer‘ und sind keine gleichwertigen Partner/innen in einer europäischen Kulturpolitik. Ein Beispiel ist der Annex zum Einreichungsformular für das Kultur(2007-2013)-Programm. Die Kosten für ‚Drittländer‘ dürfen nur 15% ausmachen. Bei diesen Kooperationspartner/innen muss man dann mehr oder weniger automatisch kürzen. Hier gilt es zu handeln, und – im Sinn des Engagements der EU für Menschenrechte und auch kulturelle Rechte – konkrete Modelle zur finanziellen Unterstützung zu entwickeln. Dazu eine Randnotiz aus der Praxis: Das MSE-Meeting in Pristina wurde zur Gänze von NGOs und Stiftungen finanziert (ecf, Erste Stiftung, Pro Helvetia etc.), und es ist schon signifikant, so Makovec, dass wir an eine EU-Stelle als mögliche Finanzierungsquelle nicht einmal gedacht haben.
- Es würden zweifellos viele europäische Netzwerke, vor allem im NGO-Bereich – die ja in der Mitteilung sehr pejorativ als heterogenes Mischmasch eingestuft werden –, gerne die Resultate ihrer Netzwerktreffen und abgehaltenen Konferenzen in eine europäische Kulturagenda einfließen lassen. Dazu bedarf es aber nicht nur einer stärkeren „Strukturierung“, sondern vor allem eines sehr präzisen Scannings der Kulturakteur/innen, und Klarheit darüber, dass die Zur-Verfügung-Stellung von Information nicht unentgeltlich erfolgen kann. Hier ist auch die nationale Ebene gefragt, um die Information bottom-up aufzubereiten und die unterschiedlichsten Kulturakteur/innen auch tatsächlich einzubeziehen.
- In der Mitteilung wird von „soliden Partnerschaften“ gesprochen, die für die Entwicklung einer Kulturagenda nötig seien. Margarethe Makovec spricht in diesem Zusammenhang die Problematik der nationalen Kofinanzierungen an. Es leisten zwar die heimischen EU-Stellen Unterstützung bei der Entwicklung österreichischer EU-Projekte, und sie vermitteln auch, dass es wichtig ist, sich am Diskurs auf europäischer Ebene zu beteiligen. Hat man es dann aber geschafft und ein europäisches Projekt zugesprochen bekommen, fühlt sich kaum eine Kulturabteilung – sei es nun auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene – für die nötige Kofinanzierung zuständig. Diesbezügliche kulturpolitische Forderungen werden schon seit Jahren erhoben, und es ist unglaublich, so Makovec, dass noch immer keine Antwort von politischer Seite vorliegt. Die Beteiligung von Kulturschaffenden an einer europäischen Kulturpolitik kann nur erfolgen, wenn die Ebene der Mitgliedsstaaten, die ja in erster Linie für die Kultur in ihrem jeweiligen Land zuständig ist, sich verantwortlich fühlt diese „soliden Partnerschaften“ mit den Kulturschaffenden ihres Landes auch tatsächlich einzugehen.
- Später in der Diskussion geht Margarethe Makovec noch etwas ausführlicher auf 2008 als „Jahr des interkulturellen Dialogs“ ein. Sie ist Mitglied in verschiedenen Beiräten, unter anderem auch des Bundesministeriums. Der interkulturelle Dialog ist wie ein Phantom, so Makovec. Es wird seit einem Jahr von diesbezüglichen Projekten gesprochen, aber niemand weiß, wohin das geht, woher es kommt, ob es dafür Geld gibt oder nicht etc. Dies vermittelt den Eindruck, dass hier mitunter primär Headlines gesetzt werden. Makovec‘ aktueller Wissensstand dazu: Es wurde in Österreich eine Internetplattform eingerichtet, auf der diesbezügliche Projekte gesammelt werden, aber ihr ist bislang kein einziges Projekt bekannt, das aus diesem Topf tatsächlich eine Förderung bekommt. Hier gibt es vermutlich auch ein Kommunikationsmanko zwischen der europäischen und der nationalen Ebene und die Ernsthaftigkeit dieser Fragestellungen scheint von den Mitgliedsstaaten oft nicht ganz eingelöst zu werden.

Ljubomir Bratic identifiziert drei für die Kommissions-Mitteilung zentrale Begriffe: Partizipation, Interkulturalität und Kreativität. Er analysiert die Mitteilung und die politische Praxis anhand dieser drei Begriffe und orientiert sich dabei an den klassischen diskursanalytischen Fragen ‚wer‘, ‚wie‘, ‚was‘ und ‚wo‘.

– Partizipation

Wer partizipiert an der Entwicklung eines europäischen Kulturverständnisses und der Kulturinstitutionen? Daran kann allgemein gesprochen bestenfalls die Mittelklasse partizipieren, was auch nicht verwundert, weil genau aus dieser Klasse traditionell die Menschen stammen, die das Kulturleben vorantreiben.

Woran wird partizipiert? An der Entwicklung und Stärkung der EU-Identität. Ljubomir Bratic hatte schon einleitend auf die Ambivalenz gegenüber der EU aus der Position der Migrant/innen hingewiesen: Für die Migrant/innen, die seit Jahrzehnten durch das Regime des Nationalstaates entmündigt werden, kann die EU einerseits als Hoffnung erscheinen.



Gleichzeitig ruft sie einen höchst problematischen Beiklang hervor, wenn man etwa an den Eurozentrismus und dessen zwei Ausprägungen des Kolonialismus nach außen und des Antisemitismus nach innen denkt. Oder an die Migrant/innen, die tagtäglich an den EU-Grenzen getötet werden, und wie oft das mit der „fremden“ Kultur dieser Menschen gerechtfertigt wird.

– Interkulturalität

Die Mitteilung spricht einerseits von „kultureller Vielfalt“, womit vor allem eine Intensivierung der Austauschprogramme angestrebt wird. Der Begriff des „interkulturellen Dialogs“ wird eingeführt, weil es eben andererseits auch diejenigen gibt, die nicht per se Teil der „kulturellen Vielfalt“ sind, sondern mit denen erst ein Dialog geführt werden soll. Es ist kontraproduktiv, von ‚Dialog‘ zu reden, solange es keine politische Bühne gibt, auf der Gleichberechtigte sich in etwas vertiefen können. Und es gibt diese Bühne nicht, auf der sich zwölf Millionen Migrant/innen innerhalb der EU an der Entwicklung von Kulturverständnis und -institutionen beteiligen können. Sie können höchstens sekundär über ihre Advokat/innen und Fürsprecher/innen teilnehmen. Ein aktuelles österreichisches Beispiel: In die Vorbereitungs- und Durchführungsgremien des EU-Jahres für interkulturellen Dialog wurde keine einzige Selbstorganisation von Migrant/innen zur Teilnahme eingeladen.

Fazit: Der interkulturelle Dialog ist eine Sache der Advokat/innen, die innerhalb der bestehenden rassistischen Verhältnisse in Form einer gegenseitigen Beteuerung der Notwendigkeit eines solchen Dialogs geführt wird.

– Kreativität

Auffallend am Begriff der Kreativität, der seit den 1990er Jahren ein Revival erlebt, ist, dass diese als eine Eigenschaft des Individuums gedacht und immer mit ökonomischer Verwertung in Verbindung gebracht wird. Kreativität ist den ideologischen Entwicklungslinien der Individualisierung zuzurechnen, sie ist vor allem durch selbstausbeuterische Arbeitsverhältnisse charakterisiert, Teil der neoliberalen Ideologie, und wird eingesetzt, um die gewachsenen Strukturen der kritischen Kulturorganisationen zu schwächen und zum Verschwinden zu bringen. Die Betonung der Kreativität in der Mitteilung hat wohl auch damit zu tun, dass die Kreativitätslobbyisten gute Arbeit geleistet haben. Die Frage bleibt, warum der Widerspruch zwischen der Forderung nach Kreativität und deren konkreter Realität in Form von prekären Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnissen in der Mitteilung nirgends angesprochen wird.

In der Publikumsdiskussion entstehen zum Teil kontroverse Argumentationen, wenn Christa Prets in einzelnen Punkten die EU gegen Kritik von Podium und Publikum verteidigt. Dies betrifft etwa die Kritik an der Tendenz des Konsultationsprozesses, den Kulturschaffenden Idealismus abzufordern und die unentgeltliche Einbringung von Expertise abzuverlangen. Christa Prets bezeichnete demgegenüber die Konsultation als einen positiven ersten Schritt und verwies auf den positiven Aspekt möglicher Bürger/innenbeteiligung. Ein zweiter Punkt war die Kritik an der Ausgrenzung von Migrant/innen. Christa Prets verwies auf die Grundrechte in der EU und sah Ausgrenzung höchstens auf nationaler und regionaler Ebene angesiedelt. Ljubomir Bratic brachte als ein Gegenbeispiel die Frage, warum dann etwa ausgerechnet die EU-Beobachtungsstelle gegen Rassismus keine Staatsbürger/innen aus ‚Drittländern‘ beschäftigen dürfe?

Weitere Themen der Diskussion:

- Es gibt den ständigen Ruf nach Kreativität und Interkulturalität, aber etwa der Vorschlag, übergreifende Fördertöpfe für Kunst/Migration zu schaffen, wird von kulturpolitischer Seite zwar als interessant bezeichnet, aber nicht realisiert.
- Es gibt auf EU-Ebene ein Problem mit repräsentativer Demokratie, und solche Partizipationsprozesse können eine Möglichkeit sein, damit umzugehen. Es handelt sich dabei aber natürlich nicht in jedem Fall um eine Demokratisierung; es kann auch missbraucht werden für billiges Consulting etc. Das ist ein Bereich, in dem konkret analytisch weitergedacht werden muss: Was bedeutet Partizipation in diesen Prozessen?
- Kulturbudget: früh genug beginnen mit den Forderungen für eine Erhöhung nach 2013.
- Inwiefern beziehen sich die EU-Förderungen vor allem auf Mobilität, sehen eine Unterstützung der Produktion aber nur bedingt vor?

Es seien abschließend noch zwei Themen kurz resümiert, die auf unterschiedliche Weise in der Konferenz sehr präsent waren:

Der Frage nach der Rolle der nationalen (und zum Teil auch regionalen) Ebene für die EU-Kulturpolitik und der transnationalen Kulturarbeit war kein expliziter Schwerpunkt gewidmet, die nationale/ regionale Ebene wurde aber immer wieder als Angelpunkt thematisiert und in verschiedenen Zusammenhängen der Kritik unterzogen:

- Die Rolle der Nationalstaaten in der Kulturpolitik auf EU-Ebene: Die Mitgliedsstaaten haben ihre Position abgesichert und Kultur ist im EU-Vertrag als Kompetenz der Nationalstaaten definiert, sie zeigen sich aber oft als an europäischen Entwicklungen im kulturpolitischen Bereich wenig bis gar nicht interessiert.
- Es wurde mehrfach kritisiert, dass die regionale/nationale Situation vor allem im freien Kulturbereich nur schlechte Voraussetzungen für europäische Aktivitäten bildet. Dies betrifft einerseits die finanzielle Unsicherheit, in der sich viele Kulturschaffende und freie Kulturorganisationen befinden, was schlechte organisatorische Voraussetzungen für mittel- und längerfristige Kooperationen auf europäischer Ebene schafft und auch kaum Voraussetzungen bietet, um sich an kulturpolitischen Diskussionsprozessen wie im Zusammenhang mit der europäischen Kulturagenda kontinuierlich beteiligen zu können. Kritisiert wurde auch die zu wenig strukturierte Förderung von zukunftsweisenden Kunst- und Kulturinitiativen. Es ist schwierig, ein europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs produktiv zu gestalten, wenn vor Ort keine Förderstrukturen bestehen, damit sich Initiativen weiterentwickeln und kontinuierlich in diesem Bereich arbeiten können.
- Kofinanzierung für EU-Projekte: Der gegenwärtige Zustand, dass die Beteiligung österreichischer Organisationen an EU-geförderten Kulturprojekten zwar rhetorisch begrüßt wird, im positiven Fall einer Förderungszusage durch die EU dann aber in Österreich die Kulturabteilungen kaum gewillt sind, die nötigen Kofinanzierungen zu leisten, wurde in mehreren Statements kritisiert und gefordert, endlich eine kulturpolitische Lösung zu finden.
- Es wurde auch gefordert, dass die nationale Ebene stärker eine Vermittlungsrolle übernehmen sollte, etwa im Zusammenhang mit Konsultationsprozessen oder einem europäischen Mapping des Kultursektors.

Die Frage nach der Beteiligung der Kulturschaffenden im Prozess der Entwicklung europäischer Kulturpolitik bildete eines der Hauptthemen der Konferenz und wurde in Panel 2 auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Zugängen aus beleuchtet: Von individuellen Wahrnehmungen in der Konfrontation mit dem Fragebogen über Aspekte der Entwicklung des Politikfeldes bis zu breiteren politischen Entwicklungen wie Ausschlussmechanismen gegenüber Migrant/innen, Ökonomisierung und Gouvernamentalität.

- Ein produktiver Dialog scheint nur möglich, wenn die EU-Institutionen auch bereit sind, die Eigenlogik und die Selbstorganisation des Kultursektors zu akzeptieren, was auch bedeuten würde, nicht nur die Reaktionen des Kultursektors auf die eigenen Aktionen (die Antworten auf den Fragebogen, Beteiligung am Kulturforum etc.) als Teil des Prozesses zu sehen, sondern auch an bestehende Initiativen und Strukturen anzuknüpfen.
- Die auf der Konferenz mehrfach analysierten Zusammenhänge der kulturpolitischen mit breiteren politischen Fragen bestätigen als eine zentrale Strategie für den Kulturbereich, die transversalen Vernetzungen weiter zu intensivieren.
- Die geforderte kontinuierliche Beteiligung an einem kulturpolitischen Dialog und Schaffung stabiler Partnerschaften etc. setzt eine Stärkung des kulturellen Sektors voraus, die vor allem durch den (Wieder-)Aufbau von kontinuierlichen Strukturförderungsmaßnahmen zu erreichen ist.
- Die Unklarheiten bezüglich der Finanzierbarkeit der in der Kommissions-Mitteilung vorgeschlagenen Aktivitäten einerseits

und bezüglich des Stellenwerts von Zielsetzungen zur Förderung des Kultursektors (verglichen mit EU-Identität, Ökonomisierung,...) andererseits, legen es für den Kultursektor nahe, den Prozess der Partizipation mit einer klaren Interessenvertretung zu verbinden.

- Bei der Einführung der „Offenen Methode der Koordinierung“ scheint die Frage interessant, in welcher Form der Kulturbereich direkt in die Definition gemeinsamer Ziele involviert werden kann.
- In der Diskussion während der Konferenz waren unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich der Frage zu erkennen, ob die Kulturschaffenden nun gleichsam als „Expert/innen“ oder als „Bürger/innen“ zum Dialog aufgefordert sind. Ähnliche Unschärfen sind mitunter auch in kulturpolitischen EU-Dokumenten anzutreffen und sollten vielleicht von den Kulturschaffenden im taktischen Sinn mitbedacht werden.



Mit Unterstützung aus dem Programm KULTUR der Europäischen Union

PROGRAMM:

08:30 Registrierung

09:00 – 09:10

Begrüßung

Mag. Vincent Abbrederis, Geschäftsleiter WUK
Dr. Juliane Alton, Obfrau IG Kultur Österreich

09:10 – 09:40

Eröffnung

Dr. Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

09:40 – 10:15

Impulsreferat

Univ. Doz. Dr. Gerald Raunig, eipcp, Wien

10:15 – 12:00

Panel 1

Die drei „Säulen“ der europäischen Kulturpolitik: Die Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU, kulturelle Vielfalt und interkultureller Dialog, Kulturwirtschaft

Moderation:

Dr. Monika Mokre, Institut für Europäische Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Es diskutieren:

Botschafter Dr. Emil Brix, Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien
Dr. Michael Wimmer, Educult, Wien
Mag. Paul Stepan, FOKUS, Wien

12:00 – 13:00

Mittagspause

13:00 – 14:30

Moderierte Führung durch die Best Practice Zone

Im Rahmen der Best Practice Zone werden exemplarisch erfolgreiche Projekte aus den EU-Kulturförderprogrammen präsentiert: „Comedia II“ (WUK), „IDEE“ (Tanzquartier Wien), „European Children’s Literary Festival in Iran“ (x-change culture science) und „Land of Human Rights“ (<rotor> association for contemporary art). Die JurorInnen Marlene Ropac und Wolfgang Sturm sowie der Cultural Contact Point Austria stehen für Fragen zur Verfügung. Durch die Best Practice Zone führt Julius Deutschbauer, bildender Künstler und Begründer der Bibliothek ungelesener Bücher.

Kaffeepause

14:30 – 16:00

Panel 2

Überlegungen zur Beteiligung der Kulturschaffenden an der europäischen Kulturpolitik

Moderation:

Mag. Therese Kaufmann, eipcp, Wien

Es diskutieren:

Christa Prets, Europäisches Parlament, Brüssel
Margarethe Makovec, < rotor > association for contemporary art, Graz
Mag. Ljubomir Bratic, freiberuflicher Philosoph und Publizist, Wien

16.00 – 16.30

Feedback und Ausklang

